

LH Pröll besuchte Justizanstalt Stein

Utl.: Fahnenband für überlastete Justizwachebeamte=

St.Pölten (NLK) - Ein Besuch von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll galt gestern, 22. Februar, der Justizanstalt Stein. Nach einer ausführlichen Informationstour durch die permanent in Ausbau befindliche Anstalt überreichte Pröll in der anstaltseigenen Kirche im Rahmen einer Feier ein Fahnenband des Landes Niederösterreich an die Justizwache. Das Fahnenband sei Ausdruck der Verbindung zwischen Niederösterreich und der größten Justizanstalt Österreichs, es symbolisiere Dank und Respekt gegenüber Justizbeamten, die eine überaus sensible Aufgabe im Spannungsfeld zwischen wachsendem Sicherheitsbedürfnis der Menschen und gleichzeitiger Verwirklichung eines humanen Strafvollzuges zu erfüllen hätten. Der Direktor der Justizanstalt Stein, Hofrat Mag. Johann Hadrbolec, revanchierte sich mit einem Erinnerungsgeschenk, einer kleinen Tafelmalerei, die den niederösterreichischen Landespatron darstellt. Sie wurde in der hauseigenen Ikonenmalschule gefertigt.

Niederösterreich hat den Hauptanteil an Justizanstalten in Österreich: 10 von 29 Anstalten befinden sich hier. Die Justizanstalt Stein ist die größte Vollzugsanstalt Österreichs mit einem derzeitigen Gefangenenbelag von mehr als 720, rund ein Zehntel aller österreichischen Häftlinge. Zu ihrer sicheren Verwahrung werden derzeit 300 Justizwachebeamte, 6 leitende Beamte sowie ein Sonderdienst (Ärzte, Psychologen, Psychiater, Sozialarbeiter) beschäftigt. Mit 31 Werkstätten und Wirtschaftsbetrieben stellt die Justizanstalt auch ein wichtiges Unternehmen dar.

In Stein werden "Lebenslängliche" sowie Gefangene mit einem Strafraum bis zu 20 Jahren angehalten. Der Ausländeranteil liegt bei 40 Prozent. Viele Gefangene haben psychische Probleme oder sonstige "Auffälligkeiten". Derzeit gibt es 74 Häftlinge mit lebenslanger Strafe. Die Justizwache sieht sich angesichts der Einsparungen in den letzten Jahren in einer schwierigen Lage, da auch die Überstundenkontingente drastisch verringert wurden, wodurch es Kollisionen mit den hohen, gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsauflagen gibt.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle
Tel.: 02742/200/2174

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0104 1999-02-23/10:45

231045 Feb 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990223_OTS0104